



Generalversammlung 2015

SP Stadt Luzern

Einladung (definitive Traktandenliste)
und Jahresberichte 2014

Freitag, 20. März 2015, 19.15h
Der MaiHof, Kirchensaal

Liebe Genossinnen und Genossen

Ihr hält das Heft für die Generalversammlung 2015 der SP Stadt Luzern in der Hand. Im Heft ist folgendes enthalten:

- Einladung mit definitiver Traktandenliste
- Jahresbericht 2014
des Präsidiums / Geschäftsleitung
der SP/JUSO-Grossstadtratsfraktion
der Stadträtin Ursula Stämmer
der JUSO
den SP 60+
den Second@s plus
der Einbürgerungskommission (EBK)

Unser SP-Mitglied **Margrit Steinhauser** arbeitet zur Zeit an einer Publikation zum Thema **Luzerner Grosser Rat von 1803 bis 2007 und der Entstehung der SP**. Margrit wird uns zwischen den offiziellen GV-Traktanden Auszüge aus ihrer historischen Arbeit präsentieren.

Mit **Barbara Gysi** haben wir eine national bekannte SP-Grösse für ein Referat gewinnen können. Die Geschäftsleitung freut sich über eine gut besuchte Generalversammlung am Freitag, 20. März 2015 im Kirchensaal des neu erbauten MaiHof's.

Für die Geschäftsleitung:
Claudio Soldati, Präsident SP Stadt Luzern

Einladung

Luzern, 9. Februar 2015

Generalversammlung der SP Stadt Luzern

Freitag, 20. März 2015, 19.15h

Der MaiHof, Kirchensaal (Weggismattstrasse 9, Luzern)

DEFINITIVE TRAKTANDENLISTE

Referat und Apéro – Inoffizieller Teil

- Begrüssung
- Referat Barbara Gysi, Nationalrätin SG
- Apéro

Traktanden Generalversammlung – Offizieller Teil

1. Eröffnung GV
2. Wahl der StimmezählerInnen
3. Protokoll der GV 2014
4. Jahresberichte 2014
5. Rechnung 2014, Bilanz, Budget 2015
6. Mutationen / Ehrungen
7. Wahlen
 - a. Präsident
Vorschlag GL: Claudio Soldati
 - b. Vize-Präsident
Vorschlag GL: Simon Roth
 - c. Finanzen
Vorschlag GL: Michael Ledergerber
 - d. Geschäftsleitung
in globo
 - e. Delegierte Parteitag SP Kanton Luzern
 - f. Delegierte Delegiertenversammlung SP Kanton Luzern
 - g. Delegierte Parteitag SP Schweiz
 - h. Kontrollstelle/Revisoren
8. Städtische Wahlen 2016
 - a. Stadtrat und Grosse Stadtrat
 - b. Einsetzung Wahlgruppe
Vorschlag GL:
Vertreter GL: Simon Roth, Claudio Soldati
Vertreter Fraktion: Mario Stübi, Nico van der Heiden
Vertreter Sekretariat: Sebastian Dissler
Vertreterinnen Basis: Marianne Zürcher, (weitere zwei vakant)
9. Verabschiedungen / Verdankungen
10. Varia



Barbara Gysi

Die Jahresberichte werden mit der Einladung im GV-Heft den Mitgliedern verschickt.

Anträge an die Generalversammlung sind bis am 6. März 2015 an Claudio Soldati, claudio_s@gmx.ch einzureichen.

Stimm- und wahlberechtigt sind alle beim Parteisekretariat registrierten Mitglieder.
Die Registrierung muss bis drei Wochen vor der Mitgliederversammlung erfolgt sein.

Geschäftsleitung SP Stadt Luzern

Jahresbericht 2014 – Präsidium / Geschäftsleitung

An der Generalversammlung des Jahres 2014 wurden alle Geschäftsleitungs-Mitglieder einstimmig gewählt. Wiedergewählt wurden Claudio Soldati als Präsident, Simon Roth als Vize-Präsident und Arlette Fischer (Aktuarin). Nico van der Heiden ist auf die GV 2014 hin von seinem Amt als Finanzchef zurückgetreten und die GV wählte Michael Ledergerber als seinen Nachfolger. Wir freuen uns über das kompetente und engagierte GL-Neumitglied. Margit Grünwald ist ebenfalls auf die GV 2014 von ihrem Amt als GL-Mitglied (Ressort Mitgliederbetreuung) zurückgetreten. Leider blieb dieser GL-Sitz im ganzen Jahr 2014 vakant weshalb die Mitglieder der GL gemeinsam die Aufgaben dieses Ressorts wahrgenommen haben. Der JUSO-Vertreter in der GL, Bené Koller, hat die Geschäftsleitung im Verlauf des Jahres verlassen und wurde durch Yan Wagner ersetzt.

Intensiver Abstimmungskampf leider nicht von Erfolg gekrönt - städtische Heime sind privatisiert

Das bestimmende politische Thema im ersten Halbjahr 2014 war die Auslagerung der Heime und Alterssiedlungen (HAS). Die SP hat sich bereits im parlamentarischen Prozess besonders kritisch gegenüber dieser Vorlage geäußert und Druck auf den Stadtrat sowie das Parlament ausgeübt. Dies führte dazu, dass einige SP-Forderungen in die Vorlage aufgenommen wurden. So wurden beispielsweise die entsprechenden Grundstücke nicht an die neue Aktiengesellschaft übertragen, sondern im Baurecht abgegeben; auch der gute Gesamtarbeitsvertrag mit dem Personal kam nicht zuletzt dank dem Engagement der SP und dem VPOD zu Stande.

Die SP hat einen engagierten und sachlichen Abstimmungskampf geführt, während die Auslagerungs-BefürworterInnen teils mit Schreckensszenarien (Stichwort: Sterbehäuser) operierten. Erschwerend kam hinzu, dass die Linke nicht geschlossen in diesen Abstimmungskampf ging. Angesichts des medialen und finanziellen Ungleichgewichts und der Tatsache, dass die SP als einzige Partei die Auslagerung dezidiert bekämpft hat, war das Ergebnis zwar enttäuschend aber nicht ganz unerwartet gewesen.

Seit dem 1.1.2015 sind die städtischen Heime nun eine Aktiengesellschaft mit dem Namen „Viva Luzern AG“. Die SP wird sich weiterhin für einen guten Service Public stark machen und die Viva Luzern AG in ihrer neuen Organisationsform konstruktiv begleiten und an die gemachten Versprechen erinnern. Ein besonderes Augenmerk wird die SP dabei auf die Leistungsvereinbarungen mit den Altersheimen legen.

Erfolge an der Urne

Im Jahr 2014 kamen insgesamt neun kommunale Abstimmungsvorlagen vor die Stimmbevölkerung. Bei deren sieben hat die Mehrheit der Stimmbevölkerung die Haltung der SP mitgetragen (u.a. den Bevölkerungsantrag, welcher auch MitbürgerInnen ohne Schweizerpass unterschreiben können oder die Initiative zur Rettung der ZHB). Unterschiedlicher Meinung war die Stadtbevölkerung lediglich bei zwei Abstimmungen: bei der erwähnten HAS-Auslagerung und der JUSO-Initiative „Für gemeinnützige Wohn- und Gewerberäume in der Stadt Luzern“. Als Teilerfolg darf aber angeführt werden, dass der Gegenvorschlag zur JUSO-Initiative klar angenommen wurde – deshalb werden zukünftig mehr finanzielle Mittel für den Bau von bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung stehen.

Zwei eidgenössische Abstimmungsvorlagen sind ebenfalls sehr erwähnenswert: Luzern hat der Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ aus der SVP-Giftküche mit 60% NEIN-Stimmen eine Abfuhr erteilt. Luzern ist und bleibt eine tolerante Stadt mit weltoffenen und vernünftigen Menschen. Sehr erfreulich war ebenfalls, dass sich die Stadtbevölkerung – hauchdünn zwar – für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung ausgesprochen hat.

Bahnhofstrasse wird autofrei – irgendwann...

Im Herbst 2013 hat die Bevölkerung der SP-Initiative „für eine attraktive Bahnhofstrasse“ zugestimmt. Die Stadt plant nun die erste Etappe (Seidenhofstrasse bis Seebrücke) frühestens Mitte 2019 umzusetzen. Für die Umsetzung der zweiten Etappe (Jesuitenkirche bis Seidenhofstrasse) ist kein verbindlicher Zeitplan vorgesehen, da zuerst verschiedene Voraussetzungen gegeben sein müssten. Die SP kann den Prozess und den Zeitplan für die erste Etappe nachvollziehen. In unserem demokratischen System haben Projekte vor der Umsetzung verschiedene Planungs- und Umsetzungsstufen zu durchlaufen. Die SP hätte sich zwar eine viel raschere Umsetzung gewünscht, muss aber die Vorgehensweise respektieren.

Unzufrieden ist die SP über den fehlenden Zeitplan für die Umsetzung der zweiten Etappe. Die seitens der Stadt vorgebrachten Voraussetzungen, erscheinen der SP zwar plausibel, aber nicht derart komplex, als dass kein Zeitplan festgelegt werden könnte. Sollte die Umsetzung der zweiten Etappe damit auf die lange Bank geschoben werden, würde auch die Mehrheit der Stadtbevölkerung hintergangen. Das wäre keinesfalls akzeptabel, weshalb die SP den Stadtrat aufgefordert hat, einen verbindlichen Zeitplan für die Ausführung der zweiten Etappe festzulegen.

Wahlvorbereitungen

In der zweiten Jahreshälfte 2014 beschäftigte sich die GL intensiv mit der KandidatInnensuche für die Kantonsratswahlen 2015. Wir freuen uns sehr, eine komplette Liste mit 25 motivierten Genossinnen und Genossen zu präsentieren. An dieser Stelle bedankt sich die GL bei allen Kandidierenden und wünscht ihnen viel Erfolg.

Die GL hat auch bereits die Diskussion um die Wahlstrategie für die städtischen Wahlen im Jahre 2016 aufgenommen. An der kommenden GV werden erste Informationen zu den Wahlen 2016 abgegeben und eine Wahlgruppe eingesetzt (siehe GV-Traktandenliste).

Zum Schluss bedankt sich die GL bei allen Parteimitgliedern für den Einsatz an Standaktionen, das Verteilen von Flyern, die gut besuchten Mitgliederversammlungen, die engagierten Diskussionen, die Mitarbeit in den verschiedenen Arbeitsgruppen, die Spenden, die vielen Leserbriefe und ganz allgemein für eurer Engagement für ein solidarisches Luzern im vergangenen Jahr.

Claudio Soldati (Präsident) und Simon Roth (Vize-Präsident)

Die Geschäftsleitung der SP Stadt Luzern 2014:

Claudio Soldati, Präsident

Simon Roth, Vize-Präsident

Arlette Fischer, Aktuarin

Michael Ledergerber, Finanzchef

vakant, Mitgliederbetreuung

Bené Koller resp. Yan Wagner, JUSO-Vertreter

Jahresbericht 2014 – SP/JUSO-Grosstadtratsfraktion

Das Jahr 2014 war erneut ein intensives, abwechslungsreiches Jahr für die SP/JUSO-Grosstadtratsfraktion. Nachfolgend einige Themenschwerpunkte der zwölfköpfigen Fraktion, welche uns 2014 beschäftigt haben.

Auslagerung der Altersheime

Wir haben gekämpft und deutlich verloren. Nachdem das Parlament der Auslagerung der Alters- und Pflegeheime bereits 2013 klar zugestimmt hatte, nahm auch die Stadtbevölkerung das Projekt in einer Volksabstimmung im Mai 2014 an. Immerhin gelang es dank viel Hartnäckigkeit der Linken der Vorlage die schlimmsten Zähne zu ziehen. Wir werden uns auch mit ausgelagerten Heimen weiterhin für eine Alterspolitik für alle statt für wenige einsetzen. Die Möglichkeiten des Parlaments für Korrekturen sind hier nun aber leider eingeschränkt.

Weitere Abstimmungen

Auch die Abstimmung zur JUSO-Initiative "für gemeinnützige Wohn- und Gewerberäume" ging verloren. Dank eines guten Gegenvorschlags war hier der Verlust aber weniger schmerzhaft. Diesen zwei Niederlagen standen insgesamt sieben "Siege" der SP in Volksabstimmungen gegenüber, darunter die wichtige Vorlagen zur Erhaltung der ZHB und zum Investitionsbeitrag an die Gütschbahn.

Gesamtplanung

Nachdem eine bürgerliche Mehrheit die aus einem Partizipationsprozess hervorgegangene Gesamtplanung 2013 noch ablehnte, fand die Gesamtplanung 2014-2019 wieder eine deutliche Mehrheit im Parlament. Notabene ohne, dass sich inhaltlich gross etwas geändert hätte. Es wurden zwar einige wenige inhaltsleere Angaben zur Wirtschaftspolitik ergänzt, aber in anderen Bereichen blieb die Stossrichtung erfreulich klar: So setzt die Stadt zum Beispiel in der Verkehrspolitik klar auf ÖV, Fuss- und Veloverkehr in den nächsten fünf Jahren trotz Widerstand aus der rechtsbürgerlichen Hälfte des Rates und hartnäckiger Obstruktionspolitik des Wirtschaftsverbandes.

Kultur-Agenda 2020

Mit der Kultur-Agenda 2020 werden für die nächsten zehn Jahre die Weichen für die städtische Kulturpolitik gestellt. Ein wichtiger Bestandteil bildet die Absicht, die freie Szene stärker zu unterstützen. Dies wird nicht zuletzt möglich dank frei werdender Mittel durch das grössere Engagement des Kantons bei den grossen Kulturbetrieben. Die SP steht voll hinter der Kultur-Agenda 2020 und wird die Umsetzung der kulturpolitischen Ziele in den nächsten Jahren kritisch begleiten.

Ein Ausblick auf das Sparjahr 2015

Eigentlich war 2014 insofern ein erfreuliches Jahr, als dass für einmal keine Spardebatte stattfinden musste und die Jahresrechnung sowie das Budget problemlos genehmigt wurden. Leider war dies jedoch nur die Ruhe vor dem Sturm. Die kantonale Tiefsteuerpolitik bei Unternehmen führt nachhaltig zu grossen Einnahmeproblemen für die Stadt Luzern. Zudem beschloss die Stimmbevölkerung des Kantons Luzern gegen den Willen der Stadtluzernerinnen und -luzerner die Abschaffung der Liegenschaftssteuer. Letzteres reisst ein weiteres jährliches Loch von 5 Millionen Franken in die Stadtkasse. Deshalb will der Stadtrat nun ein neues (wir haben aufgehört zu zählen, um das wievielte es sich handelt...) Sparpaket in der Höhe von 11-15 Millionen Franken präsentieren. Es ist nur schwer vorstellbar, dass ein derart hohes Sparpaket ohne einschneidende Kürzungen beim Service Public umsetzbar ist. Die SP/Juso-Fraktion wird einem Spardiktat zu Lasten der Schwächeren in unserer Stadt nicht zustimmen. Hingegen unterstützen wir eine moderate Anpassung des kantonalen Unternehmensgewinnsteuersatzes sehr, wie er nun per Initiative gefordert wird. Die Finanzprobleme der Stadt Luzern wären damit auf einen Schlag gelöst.

Die Mitglieder der SP/JUSO-Fraktion im Grossen Stadtrat ab 1.9.2014:

- Martina Akermann, seit 2012
- Max Bühler, seit 2012
- Esther Burri, seit 2013
- Enver Candan, seit Mai 2014
- Judith Dörflinger, seit 2013
- Daniel Furrer, seit 2011
- Nico van der Heiden, seit 2011
- René Meier, seit 2010
- Simon Roth, seit 2013
- Mario Stübi, seit September 2014
- Luzia Vetterli, seit 2008
- Theres Vinatzer, seit 2010 (vorher Einwohnerrätin Littau)

Arbeit in den parlamentarischen Kommissionen

Ab September 2014 war die SP/JUSO-Fraktion in den ständigen Kommissionen wie folgt vertreten:

- Geschäftsprüfungskommission: Luzia Vetterli (Präsidentin), Daniel Furrer, Simon Roth
- Baukommission: Nico van der Heiden, Mario Stübi
- Sozialkommission: Theres Vinatzer (Präsidentin), Max Bühler, Judith Dörflinger
- Bildungskommission: René Meier, Martina Akermann

Judith Dörflinger übernahm den Sitz von Melanie Setz in der Sozialkommission. Mario Stübi übernahm den Sitz von Marcel Budmiger in der Baukommission.

Rücktritte 2014:

Leider musste sich die Fraktion 2014 erneut von zwei wichtigen Mitgliedern verabschieden:

- Melanie Setz trat per Ende April 2014 zurück. Sie zog mit Mann und Kind in ein schmuckes Arbeiterhäuschen in der bald mit Luzern fusionierten Gemeinde Emmen. Sie bleibt weiterhin in der SP aktiv und kandidiert 2015 für den Kantonsrat. Wir verlieren mit Melanie ein vor allem in der Sozialpolitik stark engagiertes Mitglied der Fraktion. Ihre Nachfolge im Grossen Stadtrat trat Enver Candan an und ihre Nachfolge in der Sozialkommission Judith Dörflinger.
- Marcel Budmiger trat per Ende August 2014 aus dem Grossstadtrat zurück, nachdem er knapp ein Jahr lang das anspruchsvolle Doppelmandat (mit Kantonsrat) gemeistert hat. Nun konzentriert er sich voll auf den Kantonsrat und wird sich dort für günstigen Wohnraum und eine linke Verkehrspolitik einsetzen. Marcel war massgeblich für die städtischen Abstimmungserfolge der SP in den letzten Jahren (Wohnraum-, Industriestrasen-, und auto-freie Bahnhofstrasse-Initiative) verantwortlich.

Nico van der Heiden, Fraktionschef

Jahresbericht 2014 – Stadträtin Ursula Stämmer

Das Jahr 2014 stand für meine politische Arbeit unter dem Zeichen der Kultur. Nachdem die Kulturagenda mit allen Interessierten an runden Tischen ausführlich diskutiert worden war, konnte der Bericht und Antrag – abgestimmt mit dem Kanton – dem Parlament unterbreitet werden. Es ist mir ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass die Zusammenarbeit im Bereich Kultur mit dem Kanton ausgezeichnet ist. Der Kanton hat die Stadt in diesem Bereich in den letzten 10 Jahren und auch aktuell finanziell erheblich entlastet. Die Kulturagenda wurde – wie die kantonale Botschaft – vom städtischen Parlament zustimmend zur Kenntnis genommen. Sorgen macht mir die FDP, die scheinbar vergessen hat, dass ihre Vorgängerin, Liberale Partei der Stadt Luzern, jahrzehntelang das kulturelle Leben in Luzern geprägt und gesteuert hat. Es stimmt mich mehr als nachdenklich, dass diese „stadt“-tragende Partei sich von kulturellen Themen zwar nicht verabschiedet, aber dafür kein politisches Feuer mehr entfachen kann. *Tempi passati!* Umso mehr wurde mir wieder einmal vor Augen geführt, dass die SP als stärkste Partei für die Zukunft anstreben **muss**, Mehrheiten im Parlament bilden zu können. Für 2016 soll eine breit abgestützte Liste für die Grossstadtratswahlen den Weg dazu ebnen.

Am 4. Dezember 2014 wurde bekannt, dass der private finanzielle Beitrag an ein neues Musiktheater fliessen soll. Dieser Entscheid hat die Projektarbeit an der neuen Theaterinfrastruktur (NTI) und des Theaterwerk Luzern (TWL) ungemein beschwingt. Natürlich stehen noch viele Fragen offen. Höre ich mich bei der Bevölkerung um, so steht die Frage nach dem Standort im Mittelpunkt. Das Gebäude ist natürlich als Hülle die Basis. Genauso spannend und interessant ist aber die Frage, **welches** Theater/Musiktheater es künftig bieten soll. Ein breit abgestützter Projektrat (Luzerner Theater, Südpol, freie Theaterszene, Lucerne Festival, KKL, Luzerner Sinfonieorchester u.a.) beschäftigt sich seit bald 2 Jahren intensiv mit dieser Frage. Der Einbezug der Bevölkerung zu inhaltlichen und Standortfragen ist sehr wichtig. Schon bis Ende 2015 müssen viele Fragen beantwortet sein und bis 2018 muss alles geklärt sein. Bei allen finanziellen Problemen, die uns plagen: Luzern ist eine Kulturstadt und NTI ist **die** Gelegenheit, uns weiterzuentwickeln und den ausgezeichneten Ruf Luzerns in die Zukunft zu tragen.

Auch wenn das Thema Kultur das Jahr stark geprägt hat, wurden andere Themen nicht in den Hintergrund gedrängt. Die neue Volksschulrektorin Vreni Völkle nahm im August ihre Arbeit auf. Rolf von Rohr verabschiedeten wir mit grossem Dank! Bereits vorher hatte sich das Rektorat noch unter seiner Leitung neu organisiert. Die Umsetzung erfolgte erfolgreich und in den Schulhäusern sind engagierte Lehrerinnen und Lehrer am Werk. Sie sind aber stark belastet. Ich setze mein Ziel, jährlich einmal mit allen Schulhäusern Kontakt zu haben, konsequent um. Die Kostenentwicklung nach oben in der Volksschule steht permanent im Raum und wird von bürgerlich politischer Seite hinterfragt. Hinzu kommt der Bedarf an Schulhauserneuerungen besonders im Stadtteil Littau. Es wird ein politischer und finanzieller Kraftakt sein, hier rasch weiterzukommen. Im Vordergrund steht ein Neubau SH Staffeln. Eine Herausforderung ist die Forderung nach dem Erhalt von Quartierschulen. Zum Glück ist es gelungen, mit der Einführung der Basisstufe in den Schulhäusern Büttenen und Steinhof deren Existenz erfolgreich zu sichern. Die Einführung der integrierten Förderung auf der Sek-Stufe wurde 2014 aktiv vorangetrieben. Sie ist auf das Schuljahr 2016/17 geplant.

Die Musikschule der Stadt Luzern blüht und ist ein Aushängeschild. Es ist allen zu empfehlen, dieses Angebot in Anspruch zu nehmen – jung und alt! Mit der durch eine private Stiftung finanzierten Talentförderung wird Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geboten, sich musikalisch intensiv weiterzubilden. Die Vielfalt des Angebotes für **alle** ist beeindruckend.

Neuer Wind! Eine neue Rektorin der Volksschule, seit 2 Jahren ein neuer Musikschulrektor und per Frühling 2015 ein neuer Personalchef (Christian Bünter) als wichtige Querschnittstelle bringen neuen Wind in die Bildungsdirektion. Beat Däppeler als erster Verwaltungsratspräsident von Viva AG, den ausgelagerten Heimen, schliesst sein Engagement im Stadthaus ab. Er hat als

Personalchef entscheidend und immer wieder dazu beigetragen, dass tragfähige Lösungen in vielen Bereichen möglich wurden.

Die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen den Arbeitnehmerorganisationen und der Stadt führt dazu, dass Fragen zum Personal selten ein brisantes politisches Thema sind. Damit sich das nicht ändert, fühle ich mich herausgefordert. Die Mitarbeitenden ermöglichen mit ihrem Einsatz und ihren Dienstleistungen eine hohe Lebensqualität in der Stadt. Die Lohnentwicklung aber stagniert. Permanent werden neue Aufgaben übertragen. Auch wenn ich einerseits berichten kann, dass der Stadtrat das Gleichstellungsprogramm (aufgrund eines Vorstosses von Luzia Vetterli) Ende 2014 verabschiedet hat, bin ich andererseits nicht stolz darauf, dass wir auf dem Buckel des Personals Sparmassnahmen durchziehen mussten. So kann es nicht weitergehen! Ich bin sehr dankbar dafür, dass die Arbeitnehmerorganisationen bis heute dieses Sparen solidarisch mitgetragen haben. Ich spüre aber, dass die Unzufriedenheit zunimmt. Wenn ich ans Sparpaket (Haushalt im Gleichgewicht) denke, ist der Bereich Personal meine grösste Sorge. Trotz erfolgter und erfolgreicher Revision der Besoldungsordnung der Stadt Luzern: es ist mir klar, dass wir bei der Lohnentwicklung Aufholbedarf haben. So werde ich mich vehement dafür einsetzen, dass wir beim Personal nicht noch mehr sparen dürfen! Es ist endlich wieder eine Verbesserung nötig, sei es beim Lohn, bei den Ferien oder bei anderen Arbeitsbedingungen: beim Personal wurde genug gespart, jetzt muss es aufwärts gehen!

Ich danke der Fraktion, besonders Nico van der Heiden, dem Präsidium der SP Stadt Luzern - Claudio Soldati und Simon Roth - und allen, die mich kritisch begleiten, für die gute Zusammenarbeit.

Ursula Stämmer-Horst, Stadträtin

Jahresbericht 2014 – JUSO

Städtische Initiative

Am 9. Februar 2014 wurde unsere städtische Initiative zur Erhöhung des Stiftungskapitals der Gemeinschaftsstiftung zur Erhaltung und Schaffung von preisgünstigem Wohnraum (GSW) um 20 Mio. Franken, verbunden mit dem Auftrag, dass sich diese aktiv für die Erhaltung und die Erhöhung des Anteils an zahlbaren und qualitativ hochwertigen Wohnungen und Gewerberäumen in der Stadt Luzern einsetzt, abgelehnt. Wir erzielten allerdings mit dem guten Resultat von knapp 40% Zustimmung einen Achtungserfolg.

Sofort stürzten wir uns in die Ausarbeitung von neuen Initiativideen. Von sechs Vorschlägen wurden zwei weiter konkretisiert und sind in Ausarbeitung.

Referenden gegen das Stipendiengesetz und das Universitätsgesetz

2014 beteiligten sich die JUSO Luzern aktiv am politischen Geschehen. Zunächst mit dem Referendum gegen das neue Stipendiengesetz, in Zusammenarbeit mit den Jungen Grünen Luzern. Das Referendum wurde gegen die geplante Teilprivatisierung des kantonalen Stipendienwesens ergriffen. Wir lehnen eine Ökonomisierung der Bildung entschieden ab. Leider wurde das Stipendiengesetz trotz des Referendums angenommen. Allerdings meldete kurz darauf die im Abstimmungskampf stark beteiligte private Organisation "studienaktie.org", welche als Flaggschiff für das neue Vorgehen bei der Stipendienvergabe fungierte, Konkurs an.

Weiter beteiligte sich die JUSO Luzern am Referendum der Mutterpartei SP gegen das neue Universitätsgesetz, welches unter anderem die Schaffung einer Wirtschaftsfakultät an der Universität Luzern forderte. Das Universitätsgesetz wurde angenommen.

Kampf gegen die ruinöse Sparpolitik des Kantons Luzern

Die verfehlte Tiefsteuerstrategie des Kantons Luzern, unter Finanzdirektor Marcel Schwerzmann, zeigte 2014 zunehmend ihr hässliches Gesicht. Unter diesen Umständen sah sich die JUSO Luzern gezwungen, Schwerzmann in einem offenen Brief zum Rücktritt aufzufordern. Die Rücktrittsforderung wurde von der JUSO Schweiz mit dem "Prix d'Austerité", einem Preis für besonders prekäre Sparmassnahmen, unterstützt. Des Weiteren veranlasste das ruinöse Sparen die Gründung des Vereins "Lernende gegen die Sparwut", an welcher Mitglieder der JUSO Luzern beteiligt waren. Anschliessend fand im Dezember eine Grossdemo gegen Sparmassnahmen im Bildungswesen statt. Die Aktion war ein grosser Erfolg.

Interne Weiterentwicklung

Im Jahr 2014 wurde die Zusammenarbeit zwischen der JUSO Luzern und den anderen Zentralschweizer JUSO Sektionen intensiviert. Man unternahm gemeinsam ein Regio-Wochenende in Engelberg, welches gut besucht war. Politische Workshops, ein Podium, Musik und Festivitäten standen auf dem Programm.

Auch beteiligten sich die Zentralschweizer Sektionen gemeinsam am Findungsprozess für das Nationale Projekt der JUSO Schweiz im Jahr 2015.

Als grösste JUSO Sektion der Zentralschweiz öffnete Luzern den anderen Sektionen auch andere Partizipationsmöglichkeiten an Hearings und Arbeitsgruppen. So wurde beispielsweise die neue "Arbeitsgruppe Frauen Zentralschweiz" gegründet.

Yan Wagner (Ehemaliges Vorstandmitglied JUSO Luzern) und Nik Rigert (Präsident JUSO Stadt Luzern)

Jahresbericht 2014 – SP60+

Bis 1. Dezember 2013- Vorstand SP-Senioren Stadt Luzern

Hansjörg Eicher (Präsident), Annelies Amstad, Rosmarie Knüsli, Käthi Limacher, Erwin Schmidlin und Françoise Simmler. An **drei** Sitzungen wurden u.a. Veranstaltungen vorbereitet.

31. Jan. 2014: Kaffeehaus-Konzert im Betagtenzentrum Wesemlin

Wer nicht dabei war, hat einen operettenhaften Nachmittag verpasst! Viele Melodien aus dieser Sparte liessen der Geiger Gotthold Morach, begleitet von René Bachmann am Klavier, erklingen. Dazu offerierte das Zentrum Gratiskaffee, -getränke und -kuchen, wofür wir an dieser Stelle herzlich danken.

4. Juni 2014: Tagesausflug zur Insel Ufenau und nach Rapperswil

Das Wetter spielte mit (bis zur Rückfahrt mit dem Voralpenexpress). So genossen die 26 Personen die Fahrt von Au zur Ufenau, der grössten Insel der Schweiz. Es folgten eine kurze Wanderung, der Besuch der Pfarrkirche St. Peter und Paul, der St.-Martins-Kapelle und der obligate Kaffee-/Gipfeli-Halt. Das Schiff führte uns ins Rosenstädtchen Rapperswil, wo im Café Rosenstädter das Mittagessen auf uns wartete. Der Rundgang durch die Rosengärten endete im Schloss, wo uns Frau Baumann (eine angeheiratete Polin) durch die ständige Ausstellung über Polens Beitrag zur europäischen Kultur begleitete.

2. Oktober 2014: Ausflug nach Beromünster, wo das erste Buch der Schweiz gedruckt wurde

16 Personen liessen sich von Matthias Estermann fachkundig durch den Wohnturm führen, wo 1470 der Chorherr Helias Helye das erste datierte Buch, ein 600-seitiges theologisches Werk in lateinischer Sprache, druckte. Die über fünf Etagen verteilten Wohnräume enthalten zudem sehr viele antike Gegenstände usw.

2. Dezember 2014: Zusammenschluss mit der Initiativegruppe SP60+ Kanton Luzern – Neuer Vorstand

Margrit Grünwald und Hansjörg Eicher (Co-Präsidium), Käthi Limacher (Finanzen), Françoise Simmler (Aktuarin), Beisitzer: Susi Fähndrich, Dorothee Kipfer und Erwin Schmidlin.

SP60+Schweiz

Am 3. Mai fand die 2. Mitgliederkonferenz statt. Der Vorstand traf sich zu fünf Sitzungen in Bern (eine davon auf Einladung von Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer und Ständerat Hans Stöckli mit Apéro und Führung im Bundeshaus). Gemeinsam mit der Juso fand auf dem Bundeshausplatz eine Aktion für die öffentliche Krankenkasse statt (T-Shirts mit „gutes“ resp. „schlechtes Risiko“, letzteres u.a. getragen von unserem Luzerner Ali Lischer). Am 8. November fand der Herbstanlass „Menschenrechte im schweizerischen Alltag“ (zwei Lebenswelten – heute und gestern) in Freiburg statt.

Initiativegruppe SP60+ Kanton Luzern

Susanne Fähndrich, Margrit und Thomas Grünwald, Edith Keiser-Gloor, Dorothee Kipfer und der Schreibende trafen sich zu **vier** Sitzungen. 270 Parteimitglieder im Kanton, die 60 Jahre und älter sind, erhielten einen Flyer mit den Zielen von SP60+ und eine Einladung zum **Informativonstreffen vom 27. Mai „Alles hat seine Zeit!“** Dabei wurden Ausschnitte des gleichnamigen Films gezeigt und Hanspeter Inauen (Geschäftsleiter Spitex Kriens) sowie Hanspeter Christen (Präsident Spitex Luzern) informierten über die wachsenden Spitex-Herausforderungen. Ebenfalls per e-mail wurde mit Argumenten zu einem Abstimmungs-Ja für die Öffentliche Krankenkasse aufgerufen. Es folgte am **23. Oktober eine Vorstellung der SP60+ Kanton Luzern** in der Hofschule Luzern. 23 Mitglieder aus allen Kantonsteilen nahmen daran teil. Das freigewählte SP60+Schweiz-Vorstandsmitglied, Karl Gruber aus Pfäffikon ZH, informierte und beantwortete viele Fragen. Bei Kaffee und Gebäck wurde noch rege diskutiert. Mittels Fragebogen werden nun Interessensgebiete geklärt.

Am 22. Nov. präsentierte sich SP60+ Kanton Luzern am kantonalen SP-Parteitag in Adligenswil.

Forum Luzern60plus

Auch hier sind einzelne SP-SeniorInnen in Arbeitsgruppen tätig. Vom Evaluationsbericht zur Pilotphase 2011-2013 nahm der Stadtrat zustimmend Kenntnis. Das Forum wird unter den bisherigen Budgetvorgaben definitiv eingeführt. Die Sozialdirektion wird beauftragt, dem Stadtrat eine entsprechende Verordnung sowie die Wiederwahl der bisherigen Präsidentin und der bisherigen Ausschussmitglieder zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Hansjörg Eicher, Co-Präsident SP60+

Jahresbericht 2014 – Second@s plus

Thema Frühförderung/Jugend und Freizeit

Wir blicken zurück auf einen spannenden und angeregten zweiten Netzwerkanlass im Mai 2014 zusammen mit Vertreterinnen des Bereichs Schulunterstützung der Volksschule und andere Organisationen. Mit ihnen lernten wir mögliche Anlaufstellen und Vernetzungsmöglichkeiten bei Fragen und Unsicherheiten auch für den Vorschulbereich kennen. Verschiedene Fragen und Thesen wurden an diesen Anlass behandelt. Eine These war: „Kinder lernen im Spiel!“.

Migrantenkinder in der Pfadi

Seit 2013 wirken die Second@s Plus an gemeinsamen Projekten mit der kantonalen Pfadi mit. Ziele der Projekte sind neue Wege und Methoden zu schaffen, um Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in die Jugendverbände einzubinden. Im Sommer 2014 beteiligten sich die Second@s Plus beim Projekt "Ethnopoly". Dabei ging es darum, spielerisch verschiedene Kulturen und Sprachen an Schweizer Kinder und Jugendliche vorzustellen. Es beteiligten sich mehrere Institutionen aus Luzern sowie private Personen. Insgesamt nahmen über 150 Jugendliche teil. Kürzlich wurden Second@s Plus von der Pfadi Schweiz angefragt, bei der strategischen Auseinandersetzung des Themas „Integration von Migrantenkindern und –jugendlichen in die Pfadi“ zu beraten. Dieses Projekt wird auch im 2015 verfolgt.

„Festival 4Kultour“

Im Rahmen der Fussball-WM im Stadion-Untergrund im Sentitreff hat Second@s Plus mitgewirkt. Zwei Mitglieder waren im OK und übernahmen dadurch wichtige Funktionen. Das Stadion Untergrund hat städtischen und kantonalen Bekanntheitsgrad und verbindet dank dem Fussball verschiedene Menschen und Kulturen. Second@s Plus sahen eine Möglichkeiten, das kulturelle und soziale Miteinander zu fördern und allenfalls neue Mitglieder zu gewinnen.

„Einlass für Alle“

Second@s Plus haben in der Gruppe zum Thema „Einlass für Alle“ mitgearbeitet. Diese Gruppe setzt sich gegen die diskriminierenden und rassistischen Einlassverweigerungen in Klubs ein und fordert ein Nachtleben für Alle. Das Thema Eintrittspolitik steht für Second@s Plus auch im Jahr 2015 auf dem Programm.

Gegen „Ecopop“ Initiative

Second@s Plus haben sich breit gegen die isolationistische Initiative „Ecopop“ auf kantonaler und auf der nationaler Ebene aktiv eingesetzt. Sie haben in verschiedenen Medien (Leserbriefe, Kolumne, Interviews, Teilnahme an den Podiumsdiskussionen) stark gegen die Initiative propagiert. Glücklicherweise wurde diese Initiative abgelehnt.

„Initiative für faire Unternehmenssteuern“

Second@s Plus haben die „Initiative für faire Unternehmenssteuern“ befürwortet und bei der Unterschriftensammlung aktiv mitgeholfen. Bei dieser Initiative faire Unternehmenssteuern werden sich Second@s Plus aktiv einsetzen, da die einkommensschwachen Personen und dabei vor allem Migrantenfamilien davon profitieren werden können.

„Alter und Migration“

Im November 2014 fand das alljährliche Fest der Grosseltern in Emmen statt. Second@s Plus und das Italienische Komitee der Zentralschweiz hat in Zusammenarbeit mit UNITRE eine Podiumsdiskussion zum Thema „Alter und Migration“ organisiert. Der Anlass hatte einen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Charakter. Ca. 300 Personen nahmen teil.

Anwesende aus dem Gesundheitsbereich, der Gesellschaft und Politik gingen auf wichtige Aspekte zum Thema Alter und Migration ein. An dieser Podiumsdiskussion, welche von Frau Silvana Pisaturo und Alberto Grilli moderiert wurde, nahmen teil: Lehmann Thomas, Direktor Soziales und Gesundheit Emmen; Prof. Dr. Luzia Jurt, Fachhochschule Nordwestschweiz; Avni Binaku, Präsident Second@s Plus Luzern; Hans-Jörg Surber, Heimleiter Bern.

In der Diskussion um den Unterstützungsbedarf älterer Migrantinnen und Migranten interessiert hauptsächlich die Frage, ob ältere Personen bei Pflegebedarf auf ihre Familien zurückgreifen können oder auf externe Unterstützung angewiesen sind beziehungsweise sein werden.

Kantonsratswahlen 2015

In die Wahlen für den Kantonsrat im 2015 sind wir mit einer qualitativ sehr gut besetzten Liste gestiegen. 8 Kandidatinnen und Kandidaten wurden nominiert. 7 mit eigener Liste in der Stadt Luzern und 1 Kandidatin auf der SP Liste in Kriens. Mit der Listenverbindung hoffen wir den Wähleranteil erhöhen zu können. Der Einsatz hat sich in den letzten Wahlen gelohnt.

Avni Binaku, Präsident Second@s Plus Luzern

Jahresbericht 2014 – Einbürgerungskommission

Die siebenköpfige, ausserparlamentarische Einbürgerungskommission setzt sich wie folgt zusammen: SP (2), FDP (2), CVP(1), SVP (1), Grüne (1), Präsident. Der Tätigkeitsbericht 2014 liegt noch nicht vor, daher halten wir uns mit den Kennzahlen an das Jahr 2013.

Die EBK traf sich 2013 zu elf ordentlichen Sitzungen. Pro Sitzung wurden im Durchschnitt 18 Einbürgerungsgesuche traktandiert. An der Sitzung vom 22. März 2013 behandelte die Kommission nur 12 Einbürgerungsgesuche, da die Kommissionsmitglieder die restliche Zeit für einen fachlichen Austausch nutzten, um bei besonderen Problemstellungen (z.B. psychische Erkrankung usw.), ein einheitliches Vorgehen zu definieren.

Jahr	Anzahl Behandelte Gesuche	Zusicherung Stadtbürgerrecht Anzahl Gesuche/Personen	Nicht Zusicherung des Stadtbürgerrechts Anzahl Gesuche/Personen	Sistierung Anzahl Gesuche/Personen
2012	241	224/433	3/3	14/24
2013	224	194/298	5/5	25/48

Auch 2013 durfte wieder vielen Menschen das Stadtbürgerrecht zugesichert werden. Aufgrund der Vorabklärungen und nach der Aufbereitung der Einbürgerungsdossiers ist die Verwaltung in der Lage eine erste Beurteilung der Einbürgerungswilligen vorzunehmen. Falls die Voraussetzungen für eine Einbürgerung nicht vorhanden sind, werden die Antragsteller im Gespräch orientiert, dass ihr Gesuch wenig Chance haben wird. Es ist dann den Einbürgerungswilligen überlassen, ob sie das Gesuch trotzdem einreichen wollen.

Voraussetzungen für eine Einbürgerung:

Gute Deutschkenntnisse, Integration in der Gemeinde, nimmt die Person am Leben teil, in der Schule der Kinder, nimmt sie an kulturellen Veranstaltungen in der Gemeinde teil, z.B. in Vereinen o.ä. Was weiss die Person über das politische Leben in der Schweiz, wie ist die Schweiz aufgebaut, was ist ein Referendum oder eine Initiative, wie kennt sie sich geographisch aus in der Schweiz.

Die Einbürgerungskommission hat die Möglichkeit, das Gesuch für ein Jahr zu sistieren, oder dieses abzulehnen. Eine Sistierung ist mit Auflagen verbunden, z.B. dem Besuch von Deutschkursen, dem Besuch des Caritaskurses "Der Weg zum Schweizerpass", oder sie sollten in der Gemeinde in einem Verein o.ä. mitmachen, um die Integration zu fördern.

Sistierungen / Sistierungsgründe:

- Ungenügende Deutschkenntnisse (4 Gesuche / 7 Personen)
- Ungenügende Deutschkenntnisse und ungenügende staatspolitische Kenntnisse (1 Gesuch / 1 Person)
- Ungenügende staatspolitische Kenntnisse (3 Gesuche / 10 Personen)
- Eintrag im Strafregister / polizeiliche Vorgänge (7 Gesuche / 9 Personen)
- Mangelnde soziale, kulturelle Integration (10 Gesuche / 21 Personen)

Nicht Zusicherungen/ Ablehnungsgründe:

- Ungenügende Deutschkenntnisse (1 Gesuch / 1 Person)
- Ungenügende Deutschkenntnisse und ungenügende staatspolitische Kenntnisse (2 Gesuche / 2 Personen)
- Mangelnde soziale und kulturelle Integration (1 Gesuch / 1 Person)
- Eintrag im Strafregister / polizeiliche Vorgänge (1 Gesuch / 1 Person)

Im Berichtsjahr 2013 sind 174 neue Gesuche eingereicht worden, dies sind 26 Gesuche weniger als im Berichtsjahr 2012. Im Jahr 2013 wurden 87% und im Vorjahr (2012) 93% der Gesuche gutgeheissen.

Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder besuchten das halbtägige Weiterbildungsangebot des Amtes für Gemeinden "Wann ist eine Person integriert?", um die Fachkenntnisse weiter zu vertiefen.

Die Arbeit in der EBK ist trotz unterschiedlicher Mitglieder von gegenseitiger Akzeptanz geprägt. Die sieben Mitglieder begegnen sich mit Respekt. Die Kommission arbeitet effizient und zielgerichtet, um die Gesuche fair, kompetent und speditiv zu behandeln. Die Zusammenarbeit zwischen der Kommission und der Verwaltung ist sehr angenehm.

Auf eidgenössischer Ebene stand das vergangene Jahr 2014 im Zeichen der neuen Bürgerrechtsgesetzgebung. Das aus dem Jahr 1952 stammende Bürgerrechtsgesetz wurde in den eidgenössischen Räten einer Totalrevision unterzogen. Neu muss eine Person, die sich ordentlich einbürgern will, statt bisher zwölf Jahre, lediglich eine Mindestaufenthaltsdauer von zehn Jahren in der Schweiz vorweisen. Im Gegenzug wurde der Besitz einer Niederlassungsbewilligung C als zwingende Voraussetzung für das Schweizer Bürgerrecht festgelegt und somit eine zusätzliche unnötige Hürde eingebaut, welche es vorläufig aufgenommenen Personen erschwert ein Einbürgerungsgesuch zu stellen. Weiter werden die Jahre der vorläufigen Aufnahme zukünftig nur noch zur Hälfte zur Aufenthaltsdauer gezählt.

Ebenfalls neu soll der in der Schweiz verbrachte Aufenthalt zwischen dem 8. und 18. Altersjahr doppelt gezählt werden, was einer Anpassung an die Mündigkeitsgrenze gleichkommt. Bisher wurden die Jahre zwischen dem 10. und 20. Altersjahr doppelt angerechnet. Begrüssenswert ist immerhin, dass die doppelte Anrechnung nicht wie von der Ratsrechten gefordert, aus dem Gesetz gekippt wurde.

Mit der Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes wurde leider die Chance einer zeitgemässen und liberalen Einbürgerungspraxis vertan. Besonders bedauerlich ist, dass Staatenlose und anerkannte Flüchtlinge mit in Krafttreten des revidierten Bürgerrechtsgesetzes nur noch über eine Niederlassungsbewilligung C, Zugang zum Schweizer Bürgerrecht finden werden. Problematisch dabei ist, dass die Niederlassungsbewilligung alleinig durch eine kantonale Behörde erteilt wird, was somit einer „Vorselektion“ gleichkommt. Denn nach bisherigem Recht konnte es durchaus vorkommen, dass die zuständige kantonale Behörde eine Niederlassungsbewilligung C nicht guthiess, die EBK den Stand der Integration jedoch positiver beurteilte und einem Gesuch für das Schweizer Bürgerrecht zustimmte. Ein solcher Verlauf wird zukünftig nicht mehr möglich sein.

Margaretha Reichlin und Kiran Trost, EBK-Mitglieder für die SP Stadt Luzern